

7!

Ein Weg aus der Krise

ans zu adspis 600

Managing the crisis

Konstantin Simitis

In einer deutschen Zeitung wurde im März ein Aufsatz unter dem Titel "Traum von einer europäischen Wirtschaftsregierung" veröffentlicht. Er stand ganz im Vorzeichen der Frage: "wie viel gemeinsames Handeln braucht Europa?" Die gegenwärtige, immer noch anhaltende Krise lässt die eben erwähnte Frage aktueller denn je erscheinen. ~~Ihr möchte ich deshalb auch heute nachgehen.~~

Die konsequent globale Ausbreitung des Finanzsystems hat die langfristigen Investitionen untergraben. Für den bestmöglichen Kapitaleinsatz gelten heutzutage neue Kriterien. Ausschlaggebend ist nicht die langfristige Rentabilität, sondern der schnellstmögliche Profit. Kontrollen zur Vermeidung von Betrugereien und Spekulationsspielen im Finanzsektor sind deshalb mehr denn je notwendig, reichen allerdings nicht aus. Vielmehr ist ein konsequenter Schritt in Richtung auf ein nachhaltiges Wachstum längst erforderlich.

Die gegenwärtige Funktionsweise der Union macht es freilich nicht leicht, genau diese Richtung einzuschlagen. Der Wachstums- und Stabilitätspakt ist fast ausschließlich auf den Erhalt der Währungsstabilität ausgerichtet. Er richtet also ein mögliches Wachstum nicht an den Erwartungen aus, die es erfüllen müsste, um bessere Lebensbedingungen zu gewährleisten, für mehr Beschäftigung zu sorgen und die Chancen auf Fortschritt

auszubauen. Will man wirklich dieses Ziel ansteuern, müssen die Mitgliedstaaten konkrete Verpflichtungen zur Förderung von Investitionen, zur Verbreitung der Wissensgesellschaft, zu Verwaltungsreformen und zur Verbesserung der Sozialsysteme eingehen.

Neben den Investitionsanstrengungen der Mitgliedstaaten ist ein auf die gesamte Union bezogenes Rahmenprogramm für Investitionen notwendig, dessen Ziel es sein muss, die Infrastrukturen im Transport- und Telekommunikationssektor, der erneuerbaren Energien sowie der Forschung und der Zusammenarbeit der Hochschuleinrichtungen zu verbessern, um nur einige der wichtigsten Anwendungsfälle zu nennen.

Es ist sicher richtig, dass die Haushaltsmittel der Union nicht für derartige Initiativen ausreichen. Und ebenso klar ist, dass die Möglichkeiten, den Beitrag der Mitgliedstaaten zu erhöhen, beschränkt sind. Die Union sollte daher bereit sein, Europäische Anleihen auszugeben. Sie würden nicht nur dazu verhelfen, die erforderlichen Investitionen zu realisieren, vielmehr es auch erleichtern, Aktivitäten zu unterstützen, die Wachstum und Beschäftigung fördern.

Nicht von ungefähr hat der Ratspräsident der Europäischen Union Van Rompuy im Februar 2010 dem Europäischen Rat vorgeschlagen, sich auf einen gemeinsamen Prozess zur Gestaltung einer europäischen Wachstums- und Beschäftigungsstrategie zu einigen. „Wichtig ist“, betonte er

zugleich „dass wir festlegen, wie wir unsere Beschlüsse umsetzen wollen. Die Governance stellt hierbei den Schlüssel dar“.

Die Staats – und Regierungschefs der Eurozone haben durchaus in diesem Sinn am 25 März in einer gemeinsamen Erklärung ihre Entschlossenheit bekundet, sich für “eine enge Koordination der Wirtschaftspolitiken in Europa“ einzusetzen. Aus genau diesem Grund sind sie der Ansicht, „dass der Europäische Rat die wirtschaftspolitische Steuerung der Europäischen Union verbessern muss.“

Unklar bleibt jedoch was konkret beabsichtigt ist. Geht es wirklich um eine effektive Harmonisierung der Wirtschaftspolitik oder lediglich um ein neues Thema, das von den Staats und Regierungschefs der 27 EU Staaten aufgegriffen werden soll?

Bundeskanzlerin Angela Merkel hatte Mitte Februar erklärt: “Wir (der Rat) sind die Wirtschaftsregierung” und sollen ganz im Sinne des Lissabonner Vertrages der Union “die für Ihre Entwicklung erforderliche Impulse geben”. Gewonnen wäre freilich kaum etwas, wenn man die «Wirtschaftsregierung» so interpretieren würde. In Wirklichkeit steht nicht mehr und nicht weniger zur Debatte als eine Erweiterung der Zuständigkeiten der Union, um sie in die Lage zu versetzen, nicht nur währungspolitische Angelegenheiten zu entscheiden, sondern genauso die Grundregeln der Finanz- und Wachstumspolitik festzulegen und den makroökonomischen Rahmen zu bestimmen.

Ebenso nötig ist allerdings ein weiterer, mindestens ebenso relevanter Schritt: eine in der Tat deutlich stärkere wirtschaftspolitische Koordinierung, die nicht am Einspruch einzelner Mitgliedstaaten scheitern darf. Echte intergouvernementale Zusammenarbeit muss sich also vollziehen können, ohne sich auf die bislang üblichen langatmigen Beratungs- und Entscheidungsprozesse einzulassen. Die Union wird sonst von einer Krise in die nächste fallen und fortlaufend über Hindernisse und Komplikationen stolpern, die mit dem Unvermögen der Mitgliedstaaten zusammenhängen, selbst zu reagieren.



Die Wirtschaftsregierung kann entweder im Rahmen der bestehenden Wirtschafts- und Währungsunion oder über eine „gestärkte Zusammenarbeit“ angestrebt werden, an der sich alle Mitglieder, die es wünschen, beteiligen würden. Diese Form der Kooperation ist bereits im Lissabonner Vertrag vorgesehen. Sie ist der Weg, den die Mitgliedstaaten befolgen können, um gemeinsam ihre Aktionsfelder zu erweitern, ohne zugleich den Vertrag ändern zu müssen.

Zahlreiche Kommentatoren der jüngsten Entwicklungen in der Union haben sich ebenfalls für diesen Ansatz ausgesprochen. Ihnen allen ist, so unterschiedlich ansonsten ihre Überlegungen sind, die Feststellung gemein, dass „der Ausgang aus der Krise einen Weg nach vorn erfordert“, hin zur Wirtschaftsregierung und zur politischen Integration. Genau dies ist auch das Ziel, dem wir uns ebenso ernsthaft wie beharrlich nähern sollten.

Ein Land hat

Prof. Hans Werner Sinn hat in seinen einleitenden gestuften Ausführungen die Union Länder in zwei Kategorien eingeteilt. Die eine sind die Leistungstarken wie ~~die~~ z.B. Deutschland und die anderen die ~~sonstigen~~ die Leistungsschwachen, ~~zu dieser zweiten K.~~ die ein hohes Handelsdefizit haben. ^{vorherdem} ~~Zu dieser zweiten Kategorie~~ gehören die ~~restlichen~~ Länder des europäischen Südens ~~Das Nord-Süd-Gefälle~~. Die Kluft zwischen dem Norden und dem Süden der Union ist ein Problem das diskutiert werden muss. Es kann nicht umgangen werden indem ^{man} die Unterschiede ~~nur darauf~~ ^{zurück führt} ~~zurück führt~~ dass ~~einige Länder~~ ^{einige Länder} ~~Leistungen anstreben und~~ ^{die anderen} ~~die anderen~~ ^{nicht oder sogar geringen} ~~Leistungen~~ anstreben. Nehmen wir an, daß alle Länder der Union dem deutschen Beispiel folgen ^{und} ~~daß~~ ^{es demzufolge} in der Union es 27 Deutschlande gibt, daß alle exportieren ~~wollen~~ und alle die interne Nachfrage bremsen, ~~was~~ wird geschehen. Es wird bestimmt eine Krise geben. Man muss die bestehenden Probleme ~~das Nord-Süd-Gefälle~~ ^{es ist existent, es ist die Ursache von Ungleichgewichte} ~~und die Ursachen~~ ^{finden} ~~und die Ursachen~~ ^{finden}. Das ist bisher nicht getan worden ^{Schwartzgalerien}. Ich möchte betonen die ~~Krise~~ ^{einer} ~~Griechenlands~~ ^{oder} ~~ist~~ ^{als die} ~~zu einem großen Teil ein Symptom, das~~ ^{als die} ~~bestimmt nicht in Griechenland~~ ^{oder} ~~zusehen~~ ^{Buch-} ~~findet~~ ^{Picasso} ^{in der} ^{Union}. Man sollte die Symptome nicht mit den Ursachen verwechseln. ^{zu werden} ~~Man sollte~~ ^{die Ursachen} ~~den Ursachen~~ ^{zu werden} ~~die Ursachen~~ ^{die Ursachen} ~~suchen~~ ^{suchen}. Ich möchte daran erinnern daß ~~der~~ ^{ein} ~~Ökonomist~~ ^{Ökonomist} das bestehende Problem so formuliert: «Die griechische Krise bestätigt lediglich die Paranoia eine Gruppe heterogener Staaten in einer Währungszone zu vereinen, ohne einen Mechanismus wie zum Beispiel eine zentrale Finanzbehörde, für die Bewältigung von internen Ungleichgewichten vorzusehen»

anscheinend zu während dieser Tage des Südens gegen ihre Verpflichtungen gegenüber

als die Buch-Picasso in der Union

einige Magazine

Dieser Vorschlag erscheint vielleicht, zumindest im Augenblick, unrealistisch. Die griechische Krise ebenso wie die Ungewissheit der weiteren Entwicklung in der Europäischen Union, erlauben, so könnte man meinen, keine so weitreichenden Interventionen. Eine Diskussion zur Frage der Wirtschafts-Regierung muss allerdings nicht gerade jetzt geführt werden. Ich habe über vierzehn Jahre am Europäischen Rat, dem Ecofin und dem Agrarrat teilgenommen. Entscheidungen wie diese brauchen, so hat sich immer wieder gezeigt, eine lange Zeit. Es geht eben nicht nur um im Rat eingebrachte und erörterte Überlegungen, vielmehr um einen Gedankenaustausch auf sehr verschiedenen Ebenen, der dazu verhelfen soll, die einzelnen Fragen gezielt anzusprechen und ihnen gründlich nachzugehen.

Die Union hat nicht zuletzt wegen einer nicht ausreichenden Vorbereitung den gegenwärtigen Ereignissen nicht genügend vorgebeugt. Die Kluft zwischen dem Norden und dem Süden der Union ist ein klares Beispiel dafür. Man kann sie nicht mit dem bloßen Hinweis übergehen, dass die die Länder des Nordens eben leistungsstark sind, während die des Südens ihren Verpflichtungen gegenüber „sündigen“. Das Nord-Süd Gefälle ist nicht nur existent, sondern auch und vor allem die Ursache von Ungleichgewichten, die beachtet und bekämpft werden müssen. Das britische Magazin „The Economist“ hat das momentan akute Problem so formuliert: „Die griechische Krise bestätigt lediglich die Paranoia, eine Gruppe heterogener Staaten in einer Währungsunion zu vereinen, ohne einen Mechanismus, wie zum Beispiel eine zentrale Finanzbehörde, für die Bewältigung von inneren Ungleichgewichten vorzusehen.“

In der Union wurde wiederholt behauptet, dass Griechenland seinen Beitritt zu der Wirtschafts- und Währungsunion dank gefälschter Daten erlangen konnte. Dies entspricht allerdings nicht der Wahrheit. Im Jahre 2004 hat die ^{neue} konservative griechische Regierung im Einvernehmen mit Eurostat die Regeln geändert, aufgrund derer die ^{damalige bis dato} ~~bis dato~~ Regierung die Verteidigungsausgaben in den Haushalt buchte. Sie ersetzte die Verbuchung der Verteidigungsausgaben auf der Grundlage des Abnahmedatums durch eine Verbuchung auf der Grundlage des Zahlungsdatums. Diese Änderung wurde ^{wie gesagt} rückwirkend angewandt und ergab für alle vorherigen Jahre ^{auch für das Jahr 1999} ein höheres Defizit. Die Frage, wann die Verteidigungsausgaben von den Mitgliedstaaten gebucht werden sollen, ist in der Folge auf Antrag mehrerer Staaten erneut geprüft und entschieden worden. Eurostat legte 2006 fest, dass die Verbuchung der Militärausgaben obligatorisch auf der Grundlage des Abnahmedatums des Militärmaterials zu erfolgen hat. Es wurde also die Regelung, die von der abgegangenen Regierung in Griechenland vor 2004 angewandt wurde, als richtig anerkannt. Die obligatorische Anwendung dieser Regel begann mit den Daten des Jahres 2005. Eurostat ermutigte allerdings die Mitgliedstaaten, die Daten für die vorangegangenen Jahre auf dieser ^{neuen} Basis zu revidieren, falls sie dies wünschten. So werden nun seit 2005 die griechischen Ausgaben für Rüstungsgüter nach dem Abnahmedatum verbucht. Die Daten für die vorangegangenen Jahre wurden allerdings von der griechischen Regierung nicht revidiert. Hätte sie diese Anpassung vorgenommen, so würden die Defizite der vorangegangenen Jahre sehr viel niedriger ausfallen, nämlich in der Höhe, in der sie anfänglich durch die vorangegangene Regierung angegeben worden sind. Ihre Behauptung, dass die

Beitritt Grie-
chenland
zur Wirt-
schafts- und
Währungs-
union

den Beitritt
entschieden

1999

Daten für die Verteidigungsausgaben des Jahres nicht der Wahrheit entsprechen, wäre somit feierlich widerlegt worden.

Komplizieren
Aus all diesen Vorgängen müsste eine Lehre gezogen werden. Die Europäische Kommission muss ein objektives Verfahren anwenden, wenn eine Regierung die Revision von Daten anstrebt, die durch die Dienststellen der Kommission schon anerkannt worden sind. Andernfalls wird bei jedem Regierungswechsel die neue Regierung versuchen, die Daten zu ihren Gunsten abzuändern, selbst wenn etliche Jahre seit ihrer Bekanntgabe vergangen sind. Eine willkürliche Vorgehensweise sollte nicht zulässig sein. Denn es geht nicht um eine Angelegenheit, die nur einen Staat betrifft, sondern die gesamte Union. Die Europäische Union bestand im griechischen Fall allerdings darauf, ohne Regel die für alle Fälle gelten sollten vorzugehen. Sie folgte dem Präzedenzfall Portugals, wo Barroso der damalige Ministerpräsident Portugals die nachträgliche Revision der Daten *nachträglich* zulasten der vorangegangenen Regierung *auf Grund der von ihm allein vertretenen Auffassung* auch angewandt hatte.

Das Problem ist also nicht alleine ein griechisches. Es ist das Problem des Fehlens von Regeln seitens der Europäischen Union.

Gefahr der Anstreckung

is in a very delicate situation. Indeed, her Finance Minister and the head of her coalition partner, the CSU, have both indicated in the last day or so that approval of the aid package cannot be taken for granted.

If so, that is really bad news for Greece.

Its latest troubles may well have been caused by an important article in last Wednesday's *Financial Times* (by Wolfgang Munchau), which pointed out:

- Schuld 125% des Bruttoeinkommens - das Doppelte
- that Greece now has a debt/GDP ratio of 125%, more than double the Maastricht limit;
 - that it needs to raise €50 billion a year for each of the next five years just to roll over its debt;
 - that GDP will fall 3-5% this year; and
 - that, if it is to have any hope of satisfying its creditors and avoiding default, it must run a primary budget surplus (ie before interest payments) of 5%, compared with a current deficit of 7%.
- Finanzierung braucht eine 50 Milliarden nur um seine Schulden der jetzigen Höhe zu halten*
135 in 2015 erreichen wird
Wachstum wird
je jedes Jahr muss ein Überschuss im Haushalt von 5% vor Zahlung der Zinsen

Munchau's point (which must be correct) is that a restructuring/rescheduling or default is inevitable – if not this year, then in 2011 or 2012. That is also the view taken by the (increasingly) influential former chief economist of the IMF, Simon Johnson – whose estimate is that Greece needs US \$200 billion over the next three years if it is to avoid default. With no possibility of a devaluation as a (relatively) painless way of achieving adjustment, his recommendation is that Athens should “restructure before a default”. Even Bundesbank President Axel Weber (who will play a crucial role in any eurozone bailout) seems to agree with Munchau, Johnson *et al.* Last Monday, he claimed that Greece needs at least €80 billion over the next year – much more than the €45 billion pledged to date.

Bizarrely, the markets seem more optimistic than economists or central bankers – despite another downgrade of Greek paper by Moody's on Thursday.

Daher müsse man eine Umschuldung mit einem drastischen Schuldenschnitt vornehmen
Nach Laufzeit der Anleihen in Anleihen mit längerer Laufzeit als Lösung bringt wenig. Die Zinsbelastung erhöht sich und man finanziert sich noch mehr in die Insolvenz

gr Wirtschaftsm. Finanzminister hat eine Umschuldung aus geschlossen

Ich habe persönlich zwei ähnliche Situationen erlebt 1985 und 1994 — 1985 Devisen für Einfuhren einer Woche Inflation 22% Defizit 18% - Stabilisierungprogramm. Drastische Sparmaßnahmen Löhne und Gehälter eingefroren Abwärtstrend

1994 gleiche Situation. Keine Abwertung
In beiden Fällen hat man es geschafft einen normalen
Zustand wieder zu erreichen, ~~1994~~ nach ungefähr nach fünf Jahren
Dazu ist nötig

- a) Konsistenter Plan - EU 1 WT für drei Jahre
- b) Anwendung und Anpassung dieses Planes
- c) Der politische Willen Abweichungen nicht zu akzeptieren
selbst wenn die Gefahr droht ~~die Wahlen zu verlieren~~
~~Es~~ politische Nachteile droht
- d) ~~Wird~~ Sobald sich die ersten Zeichen einer Besserung
zeigen werden die Zinssätze langsam zurückge-
nommen wird die Möglichkeit haben ~~erneut~~ sich
erneut im Markt zu finanzieren

Ist das nur eine Hoffnung. Es ist mehr als eine
Hoffnung falls man den Willen hat die
Situation zu ändern

Ilbiner Beobachter und nicht aktives Mitglied
der Regierungspartei

Ein Kommentar der Financial Times hat vor einiger Zeit bemerkt, daß die Union nicht funktionieren würde wenn alle Länder das erfolgreiche deutsche Beispiel folgen würden. Alle würden exportieren, aber eine Nachfrage für diese Exporte würde bei dem Hauptab-

Bloß nicht rauswerfen!

Von Stefan Collignon
27.04.2010

Der Vorschlag, Griechenland aus der Euro-Zone auszuschließen, ist absurd. Ein solcher Schritt würde nicht nur die Griechen selbst treffen, sondern auch deutsche Interessen gefährden. Von Stefan Collignon

Die Deutschen haben ein eigenartiges Vergnügen daran, an den Ästen zu sägen, auf denen sie sitzen. Die neuste Variante dieser Manie ist der Vorschlag, Griechenland aus der Euro-Zone zu werfen.

Dabei wird ignoriert, dass der Euro das Herzstück des europäischen Binnenmarkts ist, auf dem Deutschland seine Exportüberschüsse erzielt. Es wird vergessen, dass der Euro den europäischen Bürgern die schlimmsten Folgen der US-Wirtschaftskrise erspart hat. Mit dem alten Flickenteppich nationaler Währungen, die früher als Spielball der Spekulation Kosten und Preisrelationen regelmäßig verzerrten, wäre die Arbeitslosigkeit heute doppelt so hoch. Politische Extremisten hätten Oberwasser, und das Friedensprojekt Europa wäre in seinen Fundamenten erschüttert. Die Forderung nach einem Ausschluss Griechenlands oder auch anderer Euro-Länder ist nicht nur falsch. Sie gefährdet auch das nationale Interesse Deutschlands.

Das deutsche Rabaukentum im europäischen Porzellanladen nährt sich aus zwei Quellen: politischem Chauvinismus und fehlgeleiteter Wirtschaftstheorie. Der wiedererwachte Nationalismus in der Berliner Republik geilt sich an der Devise auf: Wir machen alles richtig, und „die anderen“ im sonnigen Süden sollen es uns erst einmal nachmachen. Nun gibt es wenig Zweifel, dass die konservative Karamanlis-Regierung Griechenland viel Schaden zugefügt hat und dass Deutschland für griechische Sozialisten immer ein Vorbild war. Papandreous Regierung braucht Zeit und Hilfe, um den schwierigen Umbau des griechischen Staatsapparats erfolgreich zu Ende zu bringen. Stattdessen prügeln deutsche Medien und Politiker mit unverhohlener Xenophobie auf ihren europäischen Nachbarn ein. Frieden sieht anders aus. Haben wir nichts aus der Geschichte gelernt?

Als deutscher Steuerzahler finde auch ich es empörend, wenn ich für die Fehler von Regierungen zahlen soll, die ich nicht selbst gewählt habe. Dies ist ein Fundamentalproblem der gegenwärtigen Verfassung Europas. Aber die griechische Krise hat damit wenig zu tun. Erstens haben deutsche Regierungen seit Jahren aktiv weggesehen, wenn andere Regierungen gemogelt haben. Zweitens zahlt der deutsche Steuerzahler gar nicht für Griechenland, sondern umgekehrt: Deutschland leiht sich 8,5 Mio. Euro (103 Euro pro Kopf) für 2,5 Prozent Zinsen und verleiht sie an Griechenland für fünf Prozent. Nettogewinn für den Steuerzahler: 212,5 Mio. Euro im Jahr.

Die Idee eines Ausschlusses aus der Währungsunion basiert auch auf irreführender Theorie. Die Gegner der Währungsunion haben immer der Behauptung der Ökonomielehrbücher geglaubt, man brauche den Wechselkurs, um eine Währung abwerten zu können. Die Erfahrung der 70er-, 80er- und 90er-Jahre hat gezeigt, dass dies im europäischen Binnenmarkt nicht funktioniert. Die einzelnen Währungsräume sind zu klein, verursachen hohe Kosten, und bei einer Abwertung wird die Inflation durch hohe Importpreise nach oben getrieben. Der kurzfristige Wettbewerbsgewinn wird schnell durch monetäre Instabilität wieder zunichtegemacht. Genau deshalb braucht der europäische Binnenmarkt eine stabile Gemeinschaftswährung. Hinzu kommt die Tatsache, dass die griechischen Schulden auf Euro lauten und der Schuldenberg nach einer Abwertung deshalb noch belastender würde.

Wer heute den Austritt Griechenlands fordert, schadet nicht nur deutschen Interessen, er hat auch nicht verstanden, wie der Euro funktioniert. Eine Währungsunion ist kein Currency-Board, in dem Wechselkurse unwiderruflich fixiert werden. Sie ist vielmehr ein einheitlicher Währungsraum, der sich dadurch definiert, dass alle gebietsansässigen Geschäftsbanken sich zu gleichen Bedingungen und unbegrenzt bei der Zentralbank mit Liquidität versorgen können. Mit anderen Worten: Länder haben keine eigenen Währungsreserven mehr, da die Währungsreserven für die gesamte Euro-Zone von der EZB verwaltet werden.

Das Gerede vom griechischen Bankrott ist deshalb falsch: Nicht Griechenland kann seine Schulden eventuell nicht mehr bezahlen, sondern die griechische Regierung, sprich die hellenische Republik. Der Staat ist aber nicht das Land. Es gibt zahlreiche Firmen und Banken in Griechenland, die profitabel, solvent und liquide sind. Die griechische Regierung ist darauf angewiesen, dass diese Unternehmen das Wirtschaftswachstum schaffen, aus dem künftige Steuern bezahlt werden. Ein Ausscheiden aus der Euro-Zone würde der Privatwirtschaft den Boden unter den Füßen entziehen, da das gesamte Land plötzlich wieder unter schwacher Währung und Devisenknappheit leiden würde.

Es ist mir ein Rätsel, wie deutsche Ordnungspolitikler für Währungsstabilität kämpfen und gleichzeitig Griechenland in den Abgrund stoßen wollen.

Sicher, die griechische Krise gefährdet die Stabilität des Euro. Viele Investoren in den USA, China und Japan, haben das Vertrauen in die Fähigkeit der Europäer verloren, ihre Währung optimal zu verwalten. Die Bundesregierung beschuldigt „die Griechen“ der Brandstiftung am europäischen Haus, versperrt der Feuerwehr aber den Weg.

Diese Krise zeigt uns eins: Ohne eine echte politische Union wird Europa nicht überleben. Das Prinzip der „Eigenverantwortung der Mitglieder der Euro-Zone“ ist die Lebenslüge konservativer Politiker in Deutschland. Europa braucht vielmehr eine demokratische Regierung, die die Interessen aller Bürger gegen die Dummheit und Einzelinteressen nationaler Regierungen verteidigt.

nöhmex
nicht das
die Eurozone
Länder nicht
bestehen,
lho erinne-
re daran
dass 2/3 der
deutsche
Exporte
sich nach
Griechen-
land
richten

Es gibt eine solche wirtschaftliche
notwendige und soziale Krise gebe

dass das
Land
für mehrere
jahre
lang
sich in
einer
schweren
wirtschaft-
lichen De-
pression finden
würden. Dadurch
würden auch die Länder
über Eurozone die nach
Griechenland exportieren
darunter auf deutsch-
land leiden

3) Die Schwächen der Eurozone sind ein Symptom. Die Ursache ist nicht nur daß man zu viel ausgegeben hat. Man hat zu wenig ausgegeben weil man zu wenig produziert und viel zu sehr importiert, weil in der Union die wettbewerbsfähigen noch stärker werden und die Wettbewerbsfähigen werden auch die Länder noch schwächer. Entweder muß die Eurozone diese Folgen tragen oder sie muss sich die Mittel Griechenland exportieren und Herstellung des Gleichgewichts finden. Man kann

Wenn die Staatsanleihen, die von einem Staat zu verschiedenen Zeiten ausgegeben worden sind zu einem gleichen Zeitpunkt fällig werden, werden sie üblicherweise zum Ende ihrer Laufzeit gegen andere Anleihen getauscht, die zu einem späteren Zeitpunkt fällig sind, um die ^{so} Schuldenlast aufzuteilen. Dies wird Swap genannt und ist gängige Praxis. Alle Staaten der Eurozone haben dies häufig praktiziert. Der konkrete Swap von 2001 war im griechischen Parlament diskutiert also bekannt, und ist von der konservativen Regierung der „Nea Demokratia“ 2005 übernommen und neuverhandelt worden mit dem Ergebnis, seine Rückzahlung von 2010 auf 2037 zu verschieben. Die Behauptung Griechenland hätte angeblich damit seinen Beitritt zur Wirtschafts- und Währungsunion erschlichen ist unwahr. Griechenland ist mit Daten von 1998 und 1999 der Eurozone beigetreten und nicht mit den Angaben des Jahres 2001.

Die Behauptung die griechischen Behörden hätten Eurostat über den Swap von 2001 nicht informiert, ist nur teilweise wahr. Eurostat müsste klarstellen, dass es zu dem damaligen Zeitpunkt keine Informationspflicht gegenüber Eurostat gab. Eine Informationspflicht wurde erst später, im Juli 2002, von Eurostat eingeführt.

Alle die behaupten
sind, dass ich nicht
genügend über
GA gesprochen
habe & heute ich
jetzt für
Frage zur
Verfügung

Griechenland hat sich in der Vergangenheit mit ähnlichen Zuständen konfrontiert und hat bewiesen können dass es sie überwinden kann.

Ich bin überzeugt dass ^{das Land} es auch heute in der Lage ist seine Wirtschaft zu sanieren ^{um wieder ein ständiges Wachstum zu erzielen.} und deren Aufkurbelung voranzutreiben.

Es hat den festen Willen und verfügt über die nötigen Mittel um aus der Krise herauszukommen.

Mein Vortrag betraf ein konkretes Problem, die Wirtschaftsregierung in der Union. Zu innenpolitischen Fragen nehme ich wenn ich mich im Ausland befinde nicht Stellung. Also nicht zu den Fragen was in

Man hat mehr Übertreibungen und mehr Dummheiten gehört als dies abbild ist ~~gehört~~. Solche Stellungnahmen helfen die Überwindung der Krise nicht. In der Union ist Solidarität nötig. Ist das einseitig? Nicht immer. Im Jahre 2003 hat die griechische Regierung im europäischen Rat gegen den Vorschlag der Kommission gestimmt die Bundesrepublik wegen des Überkretens der 3% Grenze zu rügen und einer Kontrolle zu unterstellen. Der Vorschlag der Kommission ist nicht angenommen worden. Griechenland hat auch nicht protestiert, wie es andere europäische Staaten taten als die Bundesregierung Maßnahmen zur Verbesserung des Wettbewerbsfähigkeit ergriff, wie das Einfrieren der Löhne. Dies war auch ein Ausdruck der Solidarität.

Korrekturen

Wahrscheinlich Aggressivität
Fehl am Platze ist: Was weil
angeht möchte ~~es~~

Bewältigung der Krise

In einer deutschen Zeitung wurde im März ein Aufsatz unter dem Titel "Traum von einer europäischen Wirtschaftsregierung" veröffentlicht. Er stellte die Frage: "wie viel gemeinsames Handeln braucht Europa?" Dies ist die Frage die ich auch stellen möchte. Die Schuldenkrise macht sie aktueller denn je.

Die schwerste Wirtschafts- und Finanzkrise seit der Großen Depression von 1929 hat schon seit ihrem Beginn eine vollkommen veränderte Weltwirtschaft geschaffen. Das internationale Finanzsystem ist gegenüber unvorhersehbaren Entwicklungen anfällig und gleichzeitig Gegenstand heftiger Kritik. Die G-20 Staaten haben die Einrichtung eines globalen Aufsichtsrahmens über Finanztransaktionen beschlossen. Die Europäische Union (EU) vereinbarte auf dem Gipfeltreffen vom Dezember 2009 eine Reihe von Maßnahmen, um zukünftig Krisen dieses Ausmaßes vorzubeugen. Im Mittelpunkt steht eine neue Institution der „Europäische Rat für Systemrisiken“. Seine vorrangige Aufgabe ist die Identifizierung und die Bewertung von potentiellen Gefahren für die Finanzstabilität der EU. Dieses Regelwerk stellt jedoch ein Mindestmaß des Notwendigen dar. Es ist nicht ausreichend, um die Entwicklungen zu kontrollieren. Die Probleme, die die EU zu bewältigen hat, bedürfen eines anderen Ansatzes. Fragen der Durchsetzung von Kontrollen bzw. ihrer Perfektionierung sind allein nicht ausreichend. Es geht um die Funktionsweise der Union. Ich werde zur Untermauerung dieser Behauptung einige Beispiele anführen.

2tes Beispiel die Kontrolle der Märkte.

Auf den Märkten ist schon eine neue Spekulationsdynamik zu erkennen. Sie wird erneut zu Verzerrungen und Krisen führen. Die Aktienpreise steigen, Gold, Erdöl und zahlreiche Rohstoffe verteuern sich, undurchsichtige Finanzprodukte wie strukturierte Anleihen sind wieder im Umlauf, Spekulationsspiele mit Devisen, Risikoprämien und Wertpapieren werden unvermindert fortgesetzt, die Gewinne der Finanzinstitute und deren Führungskräfte sind fast wieder auf Vorkrisenniveau. Jedes Land hat diese Phänomene mit eigenen Mitteln zu bewältigen, ist aber dazu nicht in der Lage. Selbst Staaten wie die USA und Großbritannien, die einen wichtigen Teil der Märkte beeinflussen, schaffen es nicht, im globalisierten Markt ihre eigenen Vorstellungen durchzusetzen. Den Krisen des Finanzsystems können die nationalen Grenzen nicht mehr vorbeugen. Die Union hat eine entscheidende Rolle zu spielen damit zumindestens im europäischen Raum einheitliche Antworten gegeben werden. Dies würde zu einer effektiveren Prävention der Krisen beitragen.

Präsident Obama hat im Januar 2010 Reformen der Regelungen des Bankensektors angekündigt. Es handelt sich um Vorschriften, die, wie er sagte, dem gesunden Menschenverstand entsprechen. Demzufolge solle keine Bank mehr „so groß sein, dass ihr Zusammenbruch nicht möglich sei“. Die großen Banken sollten in kleinere aufgespaltet werden. Auch darf keine Bank die Gelder der Anleger mit riskanten Finanztransaktionen gefährden. Die Banken sollten in zwei klar zu unterscheidenden Kategorien eingeteilt werden: in jene, die sich mit dem Bankengeschäft im herkömmlichen Sinne, d.h. der Entgegennahme von Einlagen und der Kreditgewährung befassen, und in jene, die auf den

Kapitalmärkten im Namen Dritter oder in eigener Sache im Finanzgeschäft tätig werden.

Die negativen Reaktionen in Bankenkreisen waren sowohl in den USA als auch in Europa heftig. Das Hauptargument gegen eine Regulierung lautete, dass die großen Banken auf internationalem Terrain tätig seien. Unterschiedliche Regeln für jeden Markt seien nicht mehr möglich. Diese Argumente sind nicht überzeugend. Vieles muss sich ändern. Es ist nicht akzeptabel, dass ein Staat Finanzinstitute rettet, wie es in der Krise der Fall war, die an riskanten und komplizierten Geschäften, bei denen es eigentlich um Wetten ging, teilnehmen. Die Finanzinstitute müssen sich auch über die allgemeinen wirtschaftlichen Folgen ihrer Tätigkeit kümmern. Es kann auch nicht hingenommen werden, dass die Gesellschaft in ihrer Gesamtheit mit den Verlusten der Finanzinstitute belastet wird, ohne dass die Verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen werden. Schliesslich ist es notwendig, dass die Regulierung des Bankensystems der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung eines Landes dient. Die Lehre aus der Krise für die Zukunft darf nicht das Prinzip des "business as usual" sein. Eine europäische Lösung ist notwendig.

Nächstes Beispiel der Staatsdefizite des Südens der Union

Anfang Februar sind die Zinssätze, die die Länder im Süden der Union - Griechenland, Spanien und Portugal - für ihre Kredite zu zahlen haben dramatisch gestiegen. Diese Staaten haben alle übermäßig hohe Staatsdefizite. Sie haben aus diesem Grund sichtbare Schwierigkeiten ihren Kreditbedarf zu decken. Die Märkte verfolgen in einer solchen Situation das Ziel sich abzusichern. Sie wünschen sich, dass die Union die Rückzahlung

der neu aufgenommenen Kredite garantiert, um das Risiko der Kreditgeber zu minimieren. Die zuständigen Instanzen der Union haben daraufhin wiederholt erklärt, dass sie nicht vorhätten diese Länder zu unterstützen. So etwas sei im Rahmen der Wirtschafts- und Währungsunion nicht zulässig. Die Märkte reagierten mit einem erneuten Anstieg von Zinssätzen und Risikoprämien, aber auch mit dem Schüren eines Klimas der Krise. Der Kurs des Euro geriet ins Wanken und somit wuchs der Druck in der Union sich mit dem Problem auseinanderzusetzen.

Das „griechische Problem“ - wie die Presse weltweit das Problem bezeichnete, das die Union zu bewältigen hatte - rückte ein weiteres Mal die Schwächen, die die Wirtschafts- und Währungsunion kennzeichnen, in den Vordergrund. Die Wirtschafts- und Währungsunion führte zu einer „Währungsintegration“ mit strengen Regeln für den Schutz der gemeinsamen Währung, aber zu einer lockeren oder schlichtweg nicht vorhandenen Regulierung für eine „Wirtschaftsintegration“. Sie ist nur teilweise eine Wirtschaftsunion. Sie stärkte zwar anfangs die wirtschaftliche Konvergenz ihrer Mitglieder, doch vertiefte später die Kluft zwischen dem Norden und dem Süden wegen der höheren Wettbewerbsfähigkeit des Nordens. Im Süden stiegen die Handelsdefizite über Gebühr an. Ein Mechanismus zur Unterstützung der Finanzen der wettbewerbsschwachen Staaten, die allerdings den wettbewerbssarken Wirtschaften ihre hohen Einnahmen ermöglichen, war in der Wirtschafts- und Währungsunion nicht vorgesehen. Die negativen Auswirkungen sollten aber kontrollierbar sein.

Der wirtschaftliche Rückstand des Südens wurde durch den Euro verschleiert. Als es noch nationale Währungen gab, war ihr durch Defizite bedingter Wertverlust ein starkes Alarmsignal. Dieses Alarmsignal existiert nicht mehr. Im Gegenteil, die Euphorie einer ohne Hemmungen möglichen Kreditaufnahme hat den Süden zu ernsthaften Haushaltsungleichgewichten geführt. Die Mitgliedstaaten des Nordens stellten damals klar, dass sie keine Schuld für diese Schwierigkeiten träfe. Sie seien weder verpflichtet einzugreifen, noch könnten sie es. Im Vertrag zur Wirtschafts- und Währungsunion, so unterstrichen sie, sei die Non-Bail-out-Klausel verankert, d.h. die Rettung eines Mitgliedstaates im Falle einer Krise durch die anderen Mitglieder sei nicht möglich. Diese Regel gewährleistet die strenge Disziplin in Bezug auf die vereinbarten Prinzipien der Wirtschafts- und Währungsunion und kann aus diesem Grund nicht aufgehoben werden.

Die Krise hat sich allerdings als mächtiger als die Regel herausgestellt. Sie stellte in Frage die Glaubwürdigkeit der Regel der Wirtschafts- und Währungsunion und führte zu einem Verlust des Ansehens des Euro. Sie zwang die Union, die Suche nach einem Mechanismus der internen Krisenbekämpfung aufzunehmen. Die Frage einer Solidarität zwischen den Mitgliedern, die sie anfangs nicht ansprechen wollte, wurde aktuell. Der globalisierte Finanzmarkt hob auf dieser Weise die Schutzklausel auf, die vorgesehen war damit sich die Krise eines Staates nicht auf die anderen Staaten ausweitet. Die Krise der Schwachen bedrohte die Starken. Im Falle Griechenlands war die Eurozone anfangs bestrebt, durch politische Deklarationen die ^{Kredit} Glaubwürdigkeit Griechenlands zu stützen. Diese Erklärungen

reichten nicht aus, um die zukünftige Kreditwürdigkeit des Landes zu gewährleisten. Schließlich einigte man sich Mitte April auf einen Plan zur Bekämpfung der Krise. Die Mitglieder der Wirtschafts- und Währungsunion sollen in Zukunft zusammen mit dem Internationalen Währungsfonds Kredite einem Mitglied zur Verfügung stellen, falls er nicht mehr in der Lage ist die notwendige Finanzierung im Markt zuzusichern. Die Mitglieder der Wirtschafts- und Währungsunion werden die Kredite auf bilateraler Basis gewähren, nachdem sie eine gemeinsame Entscheidung dazu getroffen haben. Der Zinssatz wird im Fall von Griechenland ungefähr 5% betragen. Die Presse kommentierte die Entwicklungen, indem sie auf die unterschiedlichste Weise dasselbe Motiv wiederholte. Das britische Magazin The Economist formulierte es folgendermaßen: „Die griechische Krise bestätigt lediglich die Paranoia, eine Gruppe heterogener Staaten in einer Währungszone zu vereinen, ohne einen Mechanismus, wie zum Beispiel eine zentrale Finanzbehörde, für die Bewältigung von inneren Ungleichgewichten vorzusehen“.

Wie bekannt hat Griechenland in einem Schreiben an den Präsidenten des Eurogroup Jean Claude Juncker die Anwendung des Plans vom 23 April beantragt.

Die internationale Krise hat sich äußerst negativ auf die Perspektive des Euro sich zu einer internationalen Reservewährung zu entwickeln ausgewirkt. Die Union erachtet zurecht, dass die Anerkennung des Euro als Reservewährung zu seiner Stabilität beitragen würde. Ohne konkrete Wirtschaftspolitik, ohne wirtschaftliche Regierung wird jedoch dieses Unterfangen weder stabil noch konsequent sein. Der starke Euro verlangt nach Einschränkung der nationalen Autonomie im Bereich der Wirtschaftspolitik. Ohne Fortschritte bei der wirtschaftlichen und

Es ist im Augenblick noch nicht klar welche weiteren Schritte zur Anwendung des Plans vorgenommen werden müssen.

Drittes Beispiel. Das Euro als internationale Reservewährung

mit dem Ziel... das...
Schritte zu...
Wirtschaft sein werden.

politischen Integration wird die WWU weder Ideen noch Mittel besitzen, um auf die globalen Entwicklungen einzuwirken.

Nächstes Beispiel. Drei Fragen sollen die Staaten weiterhin die Banken und die Wirtschaft finanzieren?

Von großer Bedeutung ist aktuell die Frage, zu welchem Zeitpunkt die bisherige Politik zur Bekämpfung der Krise geändert werden soll. In allen Ländern wurden noch nie da gewesene Summen zur Stützung des Bankensystems bereitgestellt, die Zinssätze auf fast Null reduziert, die Liquidität durch staatliche Garantien in beträchtlichem Maße erhöht und Unternehmen finanziert. Dies führte zum Anstieg der staatlichen Defizite auf Niveaus, die um ein Vielfaches die erlaubte Höchstgrenze des Stabilitätspaktes übersteigen.

Viele sind der Auffassung, dass solange die Auswirkungen der Krise anhalten - mit Schließungen von Unternehmen und dem Anstieg der Arbeitslosigkeit - die Mittelzuwendungen aus dem Staatshaushalt für die Ankurbelung der Wirtschaft andauern sollten. Andere wiederum sind der Meinung, dass die Fortsetzung der staatlichen Finanzierungen Inflationsgefahr, Mittelverschwendungen und Belastung der staatlichen Haushalte durch die zusätzlichen Kosten der hohen Verschuldung mit sich bringen würde.

Was getan werden muss, ist von Land zu Land unterschiedlich. Dort wo die Symptome der Krise noch andauern, sind staatliche Interventionen notwendig. Wenn allerdings das Defizit das Niveau überschritten hat, bei dem der Staat seine Finanzierung zu vertretbaren Kosten gewährleisten kann, sind politischer Kurswechsel und Haushaltsstabilisierung notwendig. In der

Eurozone gibt es sowohl Fälle von Staaten, bei denen die Fortsetzung der staatlichen Interventionen erforderlich ist, sowie solche bei denen Haushaltsdefizite ein problematisches Niveau erreicht haben. Ohne gemeinsamen politischen Rahmen werden jedoch Währungsstabilität und die Wachstumsperspektiven der Union negativ beeinflusst. Die Union braucht eine gemeinsame Politik, die die unterschiedlichen Bedürfnisse gegeneinander abwägt und den Zusammenhalt der Union verbessert. Eine derartige Politik besteht jedoch nicht. Sie wird es auch nicht geben, solange die Wirtschaftsregierung nicht institutionalisiert ist. Nur mit Hilfe einer wirtschaftlichen Governance wird es möglich sein, die Ungleichgewichte und vor allem das Nord-Süd-Gefälle der Union in den Griff zu bekommen.

Letzte und wohl wichtigste Frage: wie könne wir wieder wirtschaftliches Wachstum sichern

Die internationalen Organisationen sind sich in der Einschätzung einig, dass mit dem Rückgang der Krise eine Ära wirtschaftlichen Wachstums anfangen wird, dessen Raten aber verglichen zu jenen der Zeit vor der Krise erheblich niedriger sein werden. Die herrschende Unsicherheit wird dazu führen, dass neue Investitionen nur langsam unternommen werden. Die Arbeitslosigkeit wird weiterhin ein hohes Niveau beibehalten. Der Zinsanstieg, die unvermeidliche restriktive Haushaltspolitik und schließlich der Rückgang des Konsums werden die Wirtschaftsaktivitäten weiterhin dämpfen. Auf internationaler Ebene wird es nicht die Nachfrage geben, die zu einem raschen Wachstum beitragen wird. Die amerikanischen und europäischen Verbraucher werden wegen der hohen Verschuldung ihrer privaten Haushalte ihre Ausgaben einschränken. Es wird geschätzt, dass zwei bis drei Jahre in den entwickelten Ländern notwendig sein

werden, um die krisenbedingten Wachstumsrückgänge wett zu machen. In den Ländern des europäischen Südens, die schon vor der Krise wirtschaftliche Probleme hatten, wird davon ausgegangen, dass dieser Zeitraum über fünf Jahre andauern könnte. Auf alle Länder werden sich der Rückgang der Steuereinnahmen, die Inanspruchnahme von Mitteln für die Bezahlung von Staatsschulden, das erzwungene Einfrieren von Gehältern und die sozialen Konflikte, negativ auswirken. Die Existenz einer gemeinsamen europäischen Wirtschaftspolitik würde zu der rascheren Überwindung der Auswirkungen beitragen. Es ist jedoch fraglich, ob eine solche Politik zu erwarten sei.

Das Streben nach stabilem Wachstum macht eine Kursänderung des Finanzsystems, das zur einer Stärkung der realen Wirtschaft beitragen wird, zwingend erforderlich. Praktiken, die den schnellen und leichten Profit begünstigten, wie z.B. die enorm hohen Einkünfte der Führungskräfte der Banken, die Bonuses der Traders, die undurchsichtige Verbriefung von Forderungen unterschiedlichen Wertes, die Wetten an den Börsen, das Short-selling, die strukturierten Anleihen müssen drastisch eingeschränkt werden. Das Ziel muss die Zunahme von langfristigen Investitionen, die Unterstützung der Produktionstätigkeit, die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit und die Schaffung von Arbeitsplätzen sein.

All dies erscheint heute unerreichbar. Das Finanzsystem mit der globalen Ausbreitung, die es erfahren hat, hat die langfristigen Investitionen untergraben. Für den bestmöglichen Kapitaleinsatz

gelten heutzutage neue Kriterien. Ausschlaggebend ist nicht die langfristige Rentabilität sondern der schnellstmögliche Profit. Eine derartige Profitabilität wird durch Börsengeschäfte bzw. Spekulationen auf den Märkten gewährleistet und nicht durch Investitionen zur Steigerung der Produktivität und Wettbewerbsfähigkeit eines Unternehmens. Das Streben nach dem unmittelbaren Profit hat eine kurzsichtige Vorstellung über das Nützliche etabliert. Es führt zum Abwenden der Investoren von der Produktion und belohnt die Gier nach Finanztransaktionen. Die jüngste Krise ist die Folge dieser Transformation des Kapitalismus. Um die Produktionsaktivitäten zu stärken und um eine neue Krise zu vermeiden, ist ein deutliches Eingreifen nötig, durch das die Priorität der produktiven Investitionen wiederhergestellt wird, die Schaffung von Beschäftigung und die Verstärkung der sozialen Eingliederung, die Verbreitung von Wissen und das ökologische Gleichgewicht in der Welt. Die Aufsichtsregulierungen zur Vermeidung von Übertreibungen, Betrugereien und Spekulationsspielen im Finanzsektor sind ebenso notwendig, reichen allerdings nicht aus. Ein wichtiger Schritt in Richtung Wachstum ist von Nöten.

Die gegenwärtige Funktionsweise der Union erleichtert diese notwendige Intervention nicht. Der Wachstums- und Stabilitätspakt ist fast ausschließlich auf den Erhalt der Währungsstabilität ausgerichtet. Er verleiht dem Wachstum nicht die Bedeutung, die es hat, um bessere Lebensbedingungen zu gewährleisten, für mehr Beschäftigung zu sorgen und die Chancen auf Fortschritt zu erweitern. Will man die Situation ändern, so müssen seitens der Mitgliedstaaten konkrete Verpflichtungen zur Förderung von

Investitionen, zur Verbreitung der Wissensgesellschaft, zu Verwaltungsreformen und zur Verbesserung der Sozialsysteme eingegangen werden. In regelmäßigen Zeitabständen sollte die Annäherung an die Ziele bewertet werden, die Ergebnisse der Bewertungen veröffentlicht werden und auch die Bereitstellung von Mitteln an die Mitgliedstaaten bestimmt werden.

Mitgliedstaaten, die ihre Ausgaben tatsächlich auf die Erzielung von höheren Wachstumsraten ausrichten und zeitgleich Kosteneinsparungsprogramme umsetzen, sollten unter besonderen Umständen die Möglichkeit haben, die 3% Grenze des Haushaltsdefizits zum Bruttoinlandprodukt zu überschreiten. Wir sollten entscheiden, ob wir ^{entweder} ein schwaches Wachstum akzeptieren, das die Chancen der Vielen auf ein besseres Leben einschränkt, oder ob wir Investitionen vornehmen, die ein nachhaltiges Wachstum mit besseren Beschäftigungs- und Einkommenschancen gewährleisten. Diese zweite Option macht eine konsequente Zielverfolgung und Disziplin beim Umgang mit den zur Verfügung stehenden Mitteln erforderlich. Sie erfordert eine Politik die nicht von Wahlzyklen und klientelistischen Praktiken abhängt.

Neben den Investitionsanstrengungen der Mitgliedstaaten ist ein Rahmenprogramm für Investitionen für die Gesamtheit der Union notwendig. Investitionen sind notwendig für die Verbesserung der Infrastrukturen im Transport- und Telekommunikationssektor, im Bereich der erneuerbaren Energien, der Forschung, der Zusammenarbeit der Hochschuleinrichtungen usw.

Es ist bekannt, dass die Haushaltsmittel der Union nicht für derartige Initiativen ausreichen. Die Möglichkeiten des Beitragsanstiegs der Mitgliedstaaten sind beschränkt. Die Union sollte bereit zur Ausgabe von Europäischen Anleihen sein. Sie würden der Realisierung von Investitionen aber auch zur Finanzierung von Aktivitäten, die für das Wachstum und die Beschäftigung förderlich sind, dienen.

Ich werde meine Ausführungen zu den Folgen einer fehlenden wirtschaftlichen Regierung abschließen, indem ich an das informelle Treffen des ECOFIN am 12. und 13. September 2008 in Nizza erinnere. Diese Sitzung fand statt, als die Krise schon ausgebrochen war, und zwar zwei Tage vor dem Konkurs der Lehman Brothers am 15. September, dem Datum, an dem die eintretende Katastrophe auch für die Ahnungslosesten offenkundig wurde. Die Finanzminister der Union und die Vertreter der Europäischen Zentralbank trafen zusammen um festzustellen, ob es eine Krise gebe, von welchen Ausmaßen sie sei und welche Maßnahmen zu ihrer Bekämpfung getroffen werden sollten. Die Beteiligten befanden, dass die Daten, die auf einen Rückgang der Wirtschaftsaktivität in der Union hindeuteten, die Auffassung vom Vorhandensein einer Krise nicht rechtfertigten. Auch haben sie sich darüber geeinigt, dass es keines europäischen Interventionsplans zur Ankurbelung der Wirtschaft bedurfte. Man müsse, so erklärten sie, „die automatischen Stabilisatoren wirken lassen“. Wenn ein Land es für notwendig erachten sollte, Stützungsmaßnahmen zu ergreifen, könne es dies tun, allerdings unter strikter Einhaltung der Einschränkungen des Stabilitätspaktes. Die Kontrolle der Finanzmärkte schließlich, sollte

von den zuständigen Organen eines jeden Staates und nicht von der Union ausgeübt werden. Diese Haltung des ECOFIN zeigte, dass die Minister sich nicht entscheiden konnten was zu tun sei. Sie wollten nicht den Schritt zu einer gemeinsamen Politik vollziehen. Sie zogen es vor die Krise zu verleugnen.

Nachdem die Union die Existenz der Krise erst ~~recht spät~~ akzeptierte, übernahm sie die Rolle des Koordinators von unterschiedlichen Initiativen der Mitgliedstaaten und nicht die des Hauptakteurs in der Ergreifung von Maßnahmen. Die Union verfügt über ein institutionell verankertes Instrument mit unumstrittenem Prestige, die Europäische Zentralbank. Sie kann damit ihre Währungspolitik gestalten und die Finanzmärkte beaufsichtigen. Sie verfügt auch über einen politischen Rahmen, den Stabilitätspakt, der die Grundsätze zur Gewährleistung der Wirtschaftsstabilität festlegt. Sie hat allerdings nicht den Spielraum, eine gemeinsame Wirtschafts- und Wachstumspolitik festzulegen oder umzusetzen.

Das wichtigste Hindernis für eine gemeinsame Wirtschaftsregierung oder Economic Governance ist das Prinzip der intergouvernementalen Zusammenarbeit. Es zwingt die Organe der Union den Weg einer langatmigen zwischenstaatlichen Verständigung zu gehen. Er gerät aber allzu häufig durch die Interessen der wichtigsten Staaten ins Stocken. So war man zum Beispiel in der Union bisher nicht in der Lage, eine einheitliche Ausrichtung bei Steuerfragen zu erreichen, Großbritannien erhob permanent Einwände. Zu diesen Schwierigkeiten kam seit 2004 die negative Haltung der Mehrheit der Regierungen im

Im Dezember 2008 ~~drei~~ Monate hat Wizza

70
Wie können
wir alle
daran ein-
nern, daß
auf briti-
schen Vor-
schlag
und mit
französi-
scher Un-
ter-
stützung
im Dezem-
ber 2008
drei Mo-
nate
nachdem
man die
Krise ver-
leugnet
hatte
der Euro-
parische
Rat eine
koordinier-
te Aktion
für zur
Unter-
stützung

der Wirtschaft-
stätigkeit in
Europa beschlossen

Europäischen Rat hinzu. Diese stemmten sich gegen Initiativen, die die EU-Organe stärken und ihren Zuständigkeitsbereich erweitern würden. Sie forderten eine Ruhepause im Einigungsprozess und die Unterbrechung der Mobilität, die das letzte Jahrzehnt in der Union kennzeichnete. Die Europäische Kommission hat sich dieser Auffassung, man habe genug getan und sollte das Vollzogene überprüfen, angeschlossen.

Die Entwicklungen haben die Union vor ein drängendes politisches Dilemma gestellt: ^{entweder} Die Notwendigkeit eine wirtschaftliche Regierung zu akzeptieren, oder sich damit abzufinden, Ausführer von Politiken zu sein, die aus komplizierten Prozessen und Kompromissen entstanden sind. Von der Antwort auf dieses Dilemma wird es abhängen, ob die Union ihre Möglichkeit international eine Hauptrolle zu übernehmen, einfordern wird oder nicht.

Der Ratspräsident der Europäischen Union Van Rompuy hat im Februar 2010 dem Europäischen Rat vorgeschlagen, sich auf einen gemeinsamen Prozess zur Gestaltung einer europäischen Wachstums- und Beschäftigungsstrategie zu einigen. „Wichtig ist“, unterstrich er, „dass wir festlegen, wie wir unsere Beschlüsse umsetzen wollen. Die Governance stellt hierbei den Schlüssel dar“.

Die Staats- und Regierungschefs der Eurozone haben durchaus in diesem Sinn am 25. März ^{dieses Jahres} in einer gemeinsamen Erklärung ihre Entschlossenheit bekundet, sich für „eine enge Koordination der Wirtschaftspolitiken in Europa“ einzusetzen. Aus genau diesem

Grund sind sie der Ansicht, „dass der Europäische Rat die wirtschaftspolitische Steuerung der Europäischen Union verbessern muss.“

Unklar bleibt jedoch was konkret beabsichtigt ist. Geht es wirklich um eine effektive Harmonisierung der Wirtschaftspolitik oder lediglich um ein neues Thema, das von den Staats und Regierungschefs der 27 EU Staaten aufgegriffen werden soll?

Bundeskanzlerin Angela Merkel hatte Mitte Februar erklärt: „Wir (der Rat) sind die Wirtschaftsregierung“ und sollen ganz im Sinne des Lissabonner Vertrages der Union „die für Ihre Entwicklung erforderliche Impulse geben“. Gewonnen wäre freilich kaum etwas, wenn man die «Wirtschaftsregierung» so interpretieren würde. In Wirklichkeit steht nicht mehr und nicht weniger zur Debatte als eine Erweiterung der Zuständigkeiten der Union, um sie in die Lage zu versetzen, nicht nur währungspolitische Angelegenheiten zu entscheiden, sondern genauso die Grundregeln der Finanz- und Wachstumspolitik festzulegen und den makroökonomischen Rahmen zu bestimmen.

Ebenso nötig ist allerdings ein weiterer, mindestens ebenso relevanter Schritt: eine in der Tat deutlich stärkere wirtschaftspolitische Koordinierung, die nicht am Einspruch einzelner Mitgliedstaaten scheitern darf. Echte intergouvernementale Zusammenarbeit muss sich also vollziehen können, ohne sich auf die bislang üblichen langatmigen Beratungs- und Entscheidungsprozesse einzulassen. Die Union wird sonst von einer Krise in die nächste fallen und fortlaufend

über Hindernisse und Komplikationen stolpern, die mit dem Unvermögen der Mitgliedstaaten zusammenhängen, selbst zu reagieren.

Die Wirtschaftsregierung kann entweder im Rahmen der bestehenden Wirtschafts- und Währungsunion oder über eine „gestärkte Zusammenarbeit“ angestrebt werden, an der sich alle Mitglieder, die es wünschen, beteiligen würden. Diese Form der Kooperation ist bereits im Lissabonner Vertrag vorgesehen. Sie ist der Weg, den die Mitgliedstaaten befolgen können, um gemeinsam ihre Aktionsfelder zu erweitern, ohne zugleich den Vertrag ändern zu müssen.

Zahlreiche Kommentatoren der jüngsten Entwicklungen in der Union haben sich ebenfalls für diesen Ansatz ausgesprochen. Ihnen allen ist, so unterschiedlich ansonsten ihre Überlegungen sind, die Feststellung gemein, dass „der Ausgang aus der Krise einen Weg nach vorn erfordert“, hin zur Wirtschaftsregierung und zur politischen Integration. Genau dies ist auch das Ziel, dem wir uns ebenso ernsthaft wie beharrlich nähern sollten.